

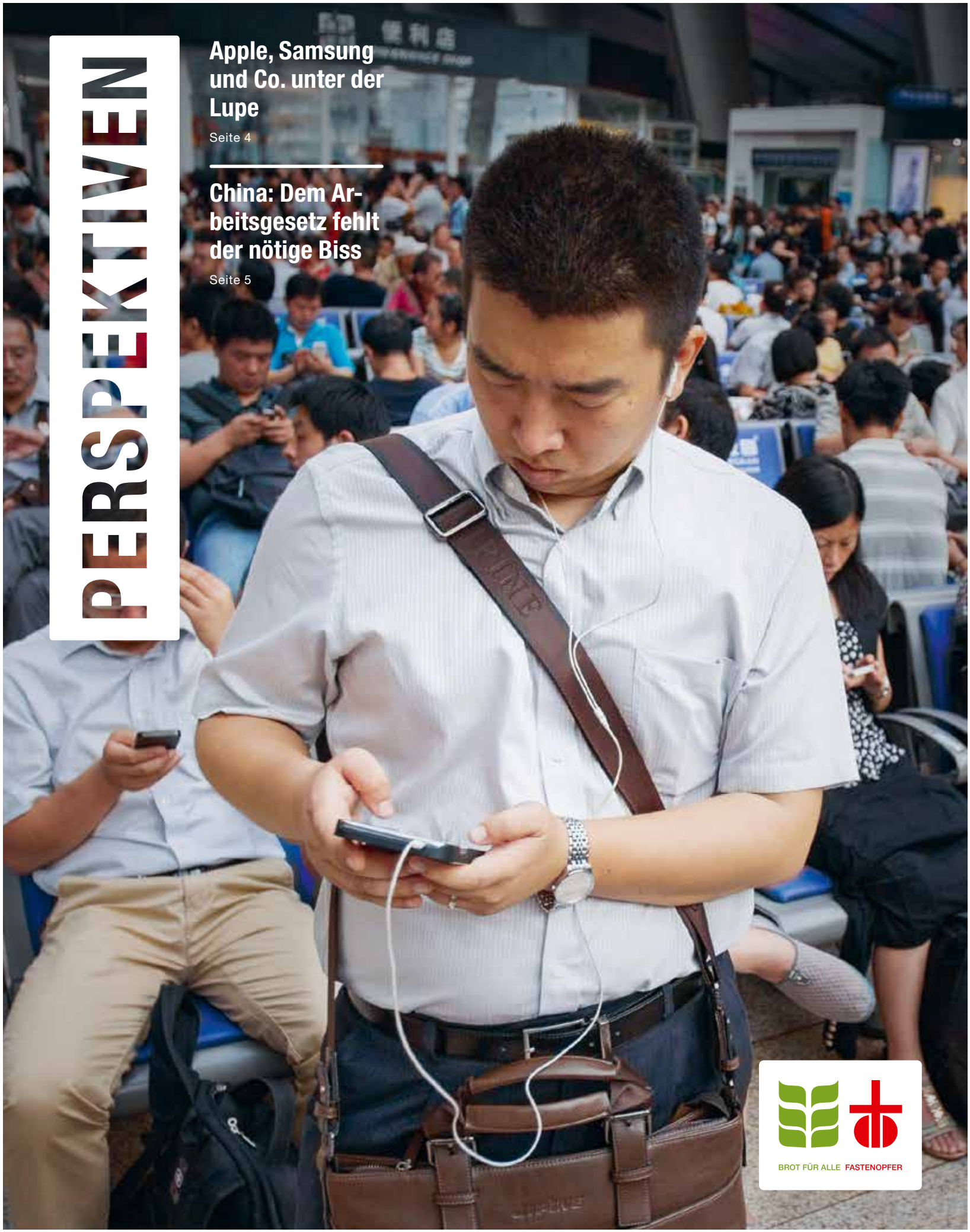
PERSPEKTIVEN

Apple, Samsung und Co. unter der Lupe

Seite 4

China: Dem Ar- beitsgesetz fehlt der nötige Biss

Seite 5



Liebe Leserin, lieber Leser

Hand aufs Herz: Wann haben Sie zum letzten Mal auf ihr Handy geschaut? Soeben oder vor einer Stunde? Für viele von uns sind Smartphones kaum noch wegzudenken. Wir organisieren über sie unseren Alltag, tauschen Informationen aus und halten uns auf dem Laufenden. Doch die Alltagshelfer haben auch Schattenseiten. Das wissen vor allem diejenigen, die tagtäglich an den Produktionsstrassen stehen, um die Geräte herzustellen. Viele bezahlen dafür mit ihrer Gesundheit oder gar mit dem Leben, weil sie mit hochgiftigen Chemikalien in Berührung kommen.

Im Januar 2015 haben sich *Fastenopfer* und *Brot für alle* mit ihrem internationalen Netzwerk in Los Angeles getroffen, um dieses grosse Problem anzugehen. Gemeinsam haben wir eine Absichtserklärung für Markenfirmen, Zulieferer und Telekommunikationsanbieter entwickelt, gesundheitsschädigende Chemikalien aus der Produktion zu verbannen. Damit nun möglichst viele das Dokument unterzeichnen und entsprechend handeln, brauchen wir Ihre Hilfe. Was Sie tun können, erfahren Sie in diesem Heft.



**Matthias Dörnenburg,
Direktor *Fastenopfer* ad interim
Bernard DuPasquier,
Geschäftsleiter *Brot für alle***

INHALT

MARTIN LAUPPER
«Fairer Handel ist eine ethische Notwendigkeit»

Seite 6

BURKINA FASO
«Jeder ein anderes Land»

Seite 7

INTERNATIONAL
Die schützen, die uns ernähren

Seite 8

Impressum:
Herausgeberinnen: *Brot für alle*,
Fastenopfer, 2016
Chefredaktion: Pascale Schnyder (pst)
Redaktion: Isolda Agazzi (ia), Patricio Frei (frp), Johanna Monney (jom)
Gestaltung, Layout und Realisation:
Craftt Kommunikation, Zürich
Bildbearbeitung: Schellenberg Druck AG, Pfäffikon
Druck: Druckerei Kyburz AG, Dielsdorf
Auflage: 4600 de / 1800 fr
Erscheinung: Viermal jährlich
Preis: CHF 5.– pro Spender/In werden für das Abonnement verwendet
Kontakte:
Brot für alle, info@bfa-ppp.ch,
031 380 65 65
Fastenopfer, mail@fastenopfer.ch,
041 227 59 59

Für Fairness in der Elektronikindustrie

Seit 2007 zeigen *Brot für alle* und *Fastenopfer* mit der Kampagne «High Tech – No Rights?» die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen auf, unter denen unsere Elektronikgeräte hergestellt werden und fordert zum Handeln auf.



Plakat der Ökumenischen Kampagne 2007 – auch heute noch aktuell.

Mobiltelefone, Computer und Tablets gehören heute für immer mehr Menschen zum Alltag. Der weltweite Umsatz mit Elektronikprodukten wird heute auf zwei Milliarden US-Dollar jährlich geschätzt. Doch dieser Boom hat auch Kehrseiten: Ein Smartphone enthält über 60 verschiedene Rohstoffe, die teilweise unter katastrophalen Bedingungen in kongolesischen und kolumbianischen Minen abgebaut und in chinesischen Fabriken unter menschenunwürdigen und gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen verarbeitet werden. Auch wir in der Schweiz tragen eine Mitverantwortung. In keinem anderen Land sind pro Kopf mehr Smartphones im Umlauf: 94 Prozent aller Haushalte besitzen mindestens ein Mobiltelefon, das durchschnittlich nur 16 Monate genutzt wird.

Einiges erreicht

2007 lancierten *Fastenopfer* und *Brot für alle* die Kampagne «High Tech – No Rights?» mit dem Ziel, die Öffentlichkeit dafür sensibilisieren, unter welchen Bedingungen unsere Elektronikgeräte hergestellt werden, um Missstände anzuprangern und Verbesserungen zu erwirken. Seither wurden Hunderttausende in der Schweiz mit über 1000 Beiträgen in Zeitungen, Fernsehen und Radio auf die Problematik aufmerksam ge-

macht. Ausserdem ist es *Brot für alle* und *Fastenopfer* gelungen, mit Hewlett Packard in China ein Pilotprojekt zur Schulung der Angestellten in Sachen Arbeitsrecht durchzuführen. Und die beiden Organisationen haben dazu beigetragen, dass die Selbstmorde unter den Arbeiterinnen und Arbeitern des Apple-Zulieferers Foxconn einem breiten Publikum bekannt wurden. Apple und Foxconn sahen sich draufhin gezwungen zu reagieren. Mit einem Ethik-Ranking der Markenfirmen haben *Fastenopfer* und *Brot für alle* 2014 eine Orientierungshilfe für verantwortungsvollen Konsum geschaffen. Seit gut zwei Jahren leisten sie zudem Sensibilisierungsarbeit bei Kantonen, Gemeinden und anderen öffentlichen Beschaffern, damit diese ihre Marktmacht verantwortungsvoll nutzen und möglichst fair produzierte Produkte einkaufen (vgl. Seite 9). Doch es bleibt weiter viel zu tun, wie die aktuelle Kampagne zum hochgiftigen Lösungsmittel Benzol (vgl. Dossier) aufzeigt. Wir zählen auf Sie! — *Johanna Monney*

Lesen und handeln

Helpen Sie uns, das hochgiftige Lösungsmittel Benzol aus der IT-Produktion zu verbannen: www.stopp-benzol.ch

Apple, Samsung und Co. unter der Lupe

Wer Arbeitsrechtsverletzungen anprangert und Druck auf Hersteller machen will, muss wissen, was hinter den Kulissen passiert. Das macht Sacom über verdeckte Untersuchungen in den Fabrikhallen der Elektronikhersteller.

«Wir wollen die Öffentlichkeit über die sozialen Kosten informieren, die sich hinter den Produkten der grossen Marken verstecken.» Isabel Chang spricht Klartext, wenn sie die Arbeit ihrer Organisation erklärt: Man muss die Praktiken der internationalen Marken kontrollieren und die Arbeitsrechtsverletzungen, für die sie verantwortlich sind, bekannt machen. Nur so verändert sich etwas. Doch wie wissen, was sich in den Fabriken abspielt, wenn unabhängigen Ermittlerinnen und Ermittlern der Zutritt verwehrt wird?

Vor diesem Hintergrund entstand 2005 in Hong Kong die Organisation Students & Scholars Against Corporate Misbehaviour (SACOM), eine Partnerorganisation von *Brot für alle* und *Fastenopfer*. Die Vorgehensweise der Organisation ist immer dieselbe: Zunächst versuchen die Sacom-Mitarbeitenden über Internetrecherchen herauszufinden, wie eine Marke funktioniert, welche Zulieferer sie hat, ob ein Nachhaltigkeitsbericht existiert etc. Und sie hören sich in Online-Foren um, was Angestellte über ihre Unternehmen sagen. So entsteht ein erster Eindruck. Darauf folgen Untersuchungen in den Fabriken. «Wir führen Ge-

spräche mit den Arbeiterinnen und Arbeitern ausserhalb des Fabrikgeländes und lassen uns von den Unternehmen anstellen, um einen hautnahen Eindruck zu erhalten«, erklärt Isabel.

Gefährliche Recherchen

Wer sich als Ermittlerin oder Ermittler zur Verfügung stellt, wird von Sacom in Recherchemethoden ausgebildet und erhält eine Einführung ins Arbeitsrecht. «Diese Ausbildung ist lebenswichtig, denn es kommt vor, dass eine Ermittlerin oder ein Ermittler von der Direktion verdächtigt oder gar behördlich überwacht wird. Unser Team hilft, wenn jemand in Gefahr ist.»

Aus den gesammelten Informationen entstehen Berichte. Sie sind die Grundlage für die Sensibilisierungskampagnen von Sacom und helfen, Druck auf die Marken auszuüben. In der Schweiz werden die Berichte von *Fastenopfer* und *Brot für alle* publik gemacht. «Unsere Untersuchungen und Kampagnen zu Foxconn und Apple haben das Martyrium der chinesischen Arbeiterinnen und Arbeiter deutlich gemacht. Wir haben die wahre Geschichte der Apple-Produkte erzählt und sie wurde überall auf der Welt aufgenommen. Unser Video über Fox-



Anhängerinnen und Anhänger von Sacom fordern Apple öffentlich dazu auf, die Arbeitsbedingungen in seinen Zulieferbetrieben zu verbessern.

conn wurde 500 000 Mal angeschaut», freut sich Isabel. Dies hat auch dazu beigetragen, dass Apple 2014 versprach, in seinen Produktionsstätten in China kein Benzol mehr zu verwenden. «In unserer Untersuchung 2015 haben wir jedoch festgesellt, dass ein Zulieferer immer noch Benzol verwendet», bedauert Isabel. Deshalb macht Sacom weiter - bis die Unternehmen ihr Verhalten ändern. — Johanna Monney

Lesen und handeln

So helfen wir

Mit Unterstützung von *Brot für alle* und *Fastenopfer* bringt Sacom unmenschliche Arbeitsbedingungen in China ans Licht und engagiert sich für Verbesserungen.

So helfen Sie

Unterstützen Sie uns dabei, die Arbeitsbedingungen in der Elektronikindustrie zu verbessern. PC 46-7694-0



Isabel, Lindy, Sophie und Joy engagieren sich bei Sacom für die Einhaltung der Arbeitsrechte.

Dem chinesischen Arbeitsgesetz fehlt der nötige Biss

Arbeitsbeziehungen sind grundsätzlich ungleich, weil Geld unabhängige Arbeitskräfte abhängig macht. Dies umso mehr in der heutigen Zeit, in der Regierungen sich entweder auf die Seite des Kapitals schlagen oder unter dessen Druck zunehmend ihren Einfluss verlieren.

In China bilden die 277 Millionen Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter das Rückgrat der Wirtschaft. Aufgrund ihres speziellen Status, der zunehmenden Mobilität ihrer Arbeitsplätze und ihrem fehlenden Sozialkapital sind sie besonders verletzlich und auf gesetzlichen Schutz angewiesen.

1994 hat der nationale Volkskongress das chinesische Arbeitsgesetz verabschiedet und in den letzten 20 Jahren verschiedene relevante Gesetze und Regulationen zum Schutz der Angestellten eingeführt. Dazu gehören auch das Gesetz zur Prävention und zur Kontrolle von Berufskrankheiten und das Arbeitssicherheitsgesetz (2002) sowie die Berufsunfallversicherung (2004). Trotz dem besseren Schutz auf dem Papier hat sich die Situation der Arbeiterinnen und Arbeiter in den letzten Jahren tendenziell verschlechtert: Erhielten 2009 noch 42,8 Prozent einen festen Arbeitsvertrag, waren es 2015 noch 36,2 Prozent der Angestellten. Die Durchschnittslöhne sind seit 1992 kontinuierlich gesunken, während die Angestellten mit offenen Lohnzahlungen in den jüngsten Jahren stets zugenommen haben. Nur ein Bruchteil der Unternehmen bezahlt die geforderten Sozialversicherungsbeträge für ihre Angestellten ein. Kommt hinzu, dass die Zahlungspflicht lediglich für reguläre Angestellte gilt und nicht für kurzfristige Arbeitsver-

hältnisse oder die so genannten «Student Workers», beides Anstellungsformen, die immer häufiger werden. Untersuchungen von Sacom haben sogar aufgedeckt, dass Apple-Zulieferer bei Neuanstellungen forderten, einen freiwilligen Verzicht auf Sozialversicherungen zu unterzeichnen.

Auch die häufigen und berufsbedingten Verletzungen und Erkrankungen zeigen, wie wenig Chinas Arbeitsgesetz die Sicherheit und Gesundheit der Angestellten zu schützen vermag.

Im Textil- und Elektroniksektor ist der Einsatz von giftigen Chemikalien ohne Schutzmassnahmen ein grosses Problem. Um die gesetzlich vorgeschriebenen Kompensationszahlungen bei Verletzungen am Arbeitsplatz zu erhalten, dauert es durchschnittlich drei Jahre und neun Monate – im Fall von berufsbedingten Krankheiten gar noch länger. Viele Unternehmen nut-

zen diesen Umstand schamlos aus, um die Zahlungen ganz zu umgehen.

Dass die bestehenden Gesetze so schlecht greifen, liegt nicht nur daran, dass Unternehmen bei Nichteinhaltung kaum Sanktionen fürchten müssen, die zuständigen Behörden ihre Aufgabe nicht wahrnehmen und es für Angestellte extrem teuer ist, ihre Rechte zu verteidigen. Ein wichtiger Grund ist auch, dass das Arbeitsgesetz die Kollektivrechte der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht anerkennt. So scheint das Arbeitsgesetz zwar attraktiv, aber es fehlt ihm der nötige Biss. Denn wie sollen sich die Angestellten wehren, wenn sie nicht das Recht haben, zu streiken oder Gewerkschaften zu gründen?

«Trotz dem besseren Schutz auf dem Papier hat sich die Situation der Arbeiterinnen und Arbeiter in den letzten Jahren verschlechtert»

Sacom

IN ZAHLEN

85,4%

der Wanderarbeiter arbeiteten im Jahr 2014 mehr als die gesetzlich festgeschriebenen 44 Stunden.

8/100

Lediglich für 8 von 100 Angestellten bezahlten die Unternehmen die Mutterschaftsversicherung ein.

42°C

Bis zu 42 Grad warm war es in den Fabrikhallen des Textilproduzenten Uniqlo bei Untersuchungen von Sacom.

«Fairer Handel ist eine ethische Notwendigkeit»

Glarus-Nord macht es vor: Die ländliche Gemeinde ist die erste «Fair Trade Town» der Schweiz. Gemeindepräsident Martin Laupper ist stolz auf die Vorreiterrolle und will weitere Betriebe für fairen Handel gewinnen.

Perspektiven: Wie schmeckt der neue Fair Trade-Kaffee, den es seit diesem Frühjahr auf Ihrer Gemeindekanzlei gibt?

Martin Laupper: Sehr gut, und das will etwas heissen – ich bin ein Kaffeefan. Wenn es nicht so wäre, würde ich bald einmal reklamieren. Wir Glarner sind ziemlich direkt miteinander, und da auch von Mitarbeiter-Seite nichts mehr zu vernehmen ist, gehe ich davon aus, dass der Kaffee allen schmeckt.



Martin Laupper (63) ist Gemeindepräsident von Glarus Nord. Der FDP-Politiker war zuvor Direktor des Finanzdienstleisters Swiss Life und lebt mit seiner fünfköpfigen Familie in Näfels, Ortsteil von Glarus Nord.

Glarus Nord mit 17 500 Einwohnern ist die erste «Fair Trade Town» des Landes – eine weltweite Auszeichnung für Gemeinden, die auf fairen Handel setzen. Sie haben sich massgeblich dafür eingesetzt. Woher rührt Ihr Engagement?

Wir sind heute informiert über die weltpolitische Entwicklung, und die Frage stellt sich doch uns allen: Wie verhalte ich mich angesichts von Unterdrückung, Armut, Hunger, Extremismus, Bürgerkrieg? Ich möchte Gegensteuer geben und ausbrechen aus der Ohnmacht – nicht nur als Einzelperson, sondern als Gemeinde, die sich sagt: Lasst uns zusammenstehen, die Welt

mitprägen, eine Kultur der Fairness pflegen. Fair sein mit unseren Handelspartnern ist nicht nur edel, sondern eine ethische Notwendigkeit.

Sie haben sich verpflichtet, Läden, Restaurants, Hotels und Firmen für fair produzierten Handel zu gewinnen. Gelingt Ihnen dies?

Viel besser als ich dachte. Wir haben schnell die geforderte Zahl von Partnern gefunden. Einige führten bereits Fair Trade-Produkte, vereinzelte haben eigens Produkte geschaffen, ein Confiseur etwa bietet Kuchen mit Mangos aus fairem Handel an. Ich bin überzeugt, dass das Potential noch gross ist. Viele sind aufs Thema sensibilisiert und Kundinnen und Kunden vermehrt bereit, den fairsten und nicht einfach den günstigsten Preis zu bezahlen.

Was versprechen Sie sich von diesem Titel?

Wir setzen ein Zeichen und stecken im besten Fall weitere Gemeinden an. Die Schweiz ist in vielem privilegiert – uns steht es gut an, in diesem Bereich

mehr Verantwortung zu übernehmen. Dass wir als Gemeinde eine Vorreiterrolle spielen, macht uns stolz und ist für uns eine grosse Chance. Glarus Nord kann sich als Standort von Unternehmen positionieren, die dank positivem Image einen legitimen Wettbewerbs-Vorteil erlangen.

Glarus hat in seiner Wirtschaftsgeschichte immer wieder eine Vorreiterrolle eingenommen. Wie kommt das?

Das ist tatsächlich interessant. 1848 setzte der Kanton als erster das Fabrikgesetz um und verbot Kinderarbeit, 1864 entstand der erste Konsumverein, 1916 führte Glarus die AHV-Gesetzgebung vor allen anderen ein. Woher dieser Pioniergeist kommt, kann ich nur vermuten. Wir organisieren uns mit unseren Landsgemeinden basisdemokratisch, haben Respekt vor der Natur und wissen, dass die Lebensbedingungen nicht für alle gleich sind. Entsprechend gross ist unser Bedürfnis nach Ausgleich und die Sorge um die nächste Generation. — Interview: Pia Seiler

Lesen und handeln

Die Kampagne «Fair Trade Town» zeichnet Gemeinden aus, die sich für fairen Handel engagieren – seit 2000 sind es 1800 Orte weltweit. Schweizer Kampagnenstart war 2014, unterstützt von Fastenopfer, Brot für alle und 13 weiteren Organisationen. Erster Titelträger ist Glarus Nord, 19 Orte sind Anwärter. www.fairtradetown.ch



Teilnehmer eines Maskenfestsivals, organisiert von Asama.

«Jeder ein anderes Land»

Ein Projekt in Burkina Faso drohte zu scheitern, weil sich christliche und muslimische Teilnehmende vor animistischen Praktiken fürchteten. Dank Fingerspitzengefühl gabs ein gutes Ende.

Die Redewendung «jeder Mensch ist ein anderes Land» stammt aus Tansania und fasst trefflich zusammen, worum es *Fastenopfer* geht: «Wir achten die Verschiedenheit der Personen, Kulturen und Religionen» ist ein zentraler Satz des Leitbildes.

Kulturelle und religiöse Faktoren beeinflussen die Arbeit täglich – sie sind mitverantwortlich für den Erfolg eines Projektes, wie der nachfolgende Bericht aus Burkina Faso zeigt. Der Bericht ist Teil einer Geschichtensammlung mit entsprechender Studie: Auf Initiative von *Fastenopfer* sammelten Partnerorganisationen aus 14 Programmländern Geschichten. Die Berichterstattenden legten den Fokus auf das so genannte Story Telling, der individuellen Erfahrung der in-

volvierten Menschen mit der schlichten Grundhaltung: erzählen lassen, wertschätzend zuhören und daraus lernen.

Magie der Masken in Burkina

Irgendwie war in Burkina Faso der Wurm drin. Während Wochen mussten die Verantwortlichen des *Fastenopfer*-Projektes «Asama» mitansehen, wie christliche und muslimische Dorfmitglieder sich weigerten, mitzumachen. Im Landwirtschaftsprojekt werden nachhaltige Anbaumethoden eingeführt, doch nur die animistische Dorfgruppe engagierte sich. Laut dem *Fastenopfer-Grundsatz*, mit allen Zielgruppen ungeachtet ihrer Religion zusammenzuarbeiten, sollte das Projekt jedoch alle einbeziehen.

Die Projektverantwortlichen zerbrachen sich die Köpfe und kamen schliesslich selbstkritisch den Gründen auf die Spur: Sie alle waren animistische Mitglieder von Maskenvereinigungen. Offensichtlich löste ihre Präsenz bei Nicht-initiierten Furcht aus, auch wenn das Projekt keinen religiösen Charakter aufwies. Masken wird ein magisches Eigenleben zugeschrieben, schon die blosser Berührung mit dem Ganzkörperkostüm könnte Krankheit oder Tod nach sich ziehen. Dass nun Angehörige von Maskengesellschaften nicht gern als Projektverantwortliche gesehen werden, ist nachvollziehbar. Als Konsequenz ergriffen die Projektverantwortlichen mit den Programm-Koordinatoren drei strategische Massnahmen: Sie

riefen die christlichen Werte von *Fastenopfer* in Erinnerung. Zweitens initiierten sie ein Komitee mit Angehörigen aller drei Religionen, welches das Projekt auf Dorfebene verwalten sollte. Drittens transferierten sie die Aktivitäten auch geografisch auf neutrales Terrain. Treffen fanden künftig in der Nähe des Dorfmarktes statt und nicht mehr wie bisher beim Maskenhaus. Die Lösungen im Beispiel Burkina zeichnen sich durch ihren kreativen und pragmatischen Charakter aus. Durch das Wahr- und Ernst-Nehmen von Ängsten der lokalen Bevölkerung war es möglich, sämtliche Zielgruppen aus allen Quartieren des Dorfes zu erreichen und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt zu stärken. — Romana Büchel



Bauern und Bäuerinnen werden immer mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Die schützen, die uns ernähren

Obwohl sie unsere Nahrung produzieren, geraten Bauernfamilien immer mehr unter Druck. *Brot für alle* engagiert sich deshalb für eine Uno-Deklaration, welche die Rechte der Bäuerinnen und Bauern schützen soll.

Bauernfamilien produzieren nach wie vor etwa 70 Prozent aller Lebensmittel weltweit. Trotzdem erhalten sie in vielen Ländern kaum Unterstützung. Anstatt die ländlichen Gebiete zu stärken und lokal angebaute Nahrungsmitteln zu fördern, setzen die Regierungen auf globale Konzerne, die Entwicklung und Steuereinnahmen bringen sollen. Neue Saatgutgesetze verbieten den Bäuerinnen und Bauern in immer mehr Ländern den Anbau und Verkauf von eigenem Saat-

gut. Stehen sie für ihre Rechte ein, werden sie kriminalisiert und unterdrückt. So wurden im März 2015 sieben Äthiopier am Flughafen von Addis Abbeba verhaftet, weil sie an einem *Brot für alle*-Workshop zum Thema Land Grabbing in Kenia teilnehmen wollten. Ihnen wurden terroristische Aktivitäten vorgeworfen. Drei von ihnen sind immer noch in Haft. «Es ist inakzeptabel, dass 2016 immer noch Bäuerinnen und Bauern inhaftiert und ermordet werden, weil sie ihre Le-

bensgrundlage verteidigen», sagt Elizabeth Mpfu, Generalkoordinatorin der internationalen Bauernbewegung La Via Campesina.

Bauern vs. Agrarlobby

Der Uno-Menschenrechtsrat in Genf hat das Problem erkannt und will die Rechte der Bäuerinnen und Bauern besser schützen. Derzeit wird über eine «Uno-Deklaration für Bauern und Bäuerinnen und andere Menschen, die im ländlichen Raum arbeiten» verhandelt. Ziel ist ein inter-

nationales Regelwerk, das zur Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen weltweit beiträgt. 2015 erhielt eine Uno-Arbeitsgruppe das Mandat, innert drei Jahren den Text der Deklaration auszuhandeln. Neben Staatenvertretungen nehmen auch Bäuerinnen und Bauern aus aller Welt am Prozess teil sowie Organisationen wie *Brot für alle*. La Via Campesina spielt eine besonders wichtige Rolle. Ihr Anliegen ist es, möglichst viele Bäuerinnen und Bauern einzubeziehen, um den Regierungen deren Realität und Forderungen nahe zu bringen.

Dringlichkeit aufzeigen

Diese wollen in erster Linie, dass ihre Rechte auf Land, Wasser und Saatgut anerkannt werden. Eine Forderung, die von der starken Saatgut- und Agrarlobby heftig bekämpft wird. *Brot für alle* unterstützt La Via Campesina und setzt sich mit anderen Organisationen dafür ein, dass die Schweiz den Prozess der Uno-Deklaration mitträgt. Dank der Mobilisierung der Zivilgesellschaft konnte die offizielle Schweiz nach anfänglicher Ablehnung umgestimmt werden. «Bis die Deklaration verabschiedet wird, kann noch einige Zeit vergehen. Wir müssen sie nützen, um die Regierungen von der Dringlichkeit des Schutzes ihrer Bäuerinnen und Bauern zu überzeugen», sagt Sofia Monsalve, Generalsekretärin der Menschenrechtsorganisation FIAN. — Ester Wolf

REVISION BESCHAFFUNGSGESETZ

Auch der Staat soll nachhaltig einkaufen

In der Schweiz kauft die öffentliche Hand jedes Jahr für 40 Milliarden Franken ein. Und zwar immer das wirtschaftlich günstigste Produkt – fair hergestellt oder nicht. So schreibt es das geltende Beschaffungsgesetz vor. Dieses wird zurzeit revidiert, und *Fastenopfer*, *Brot für alle* sowie weitere Nichtregierungsorganisatio-

nen setzen sich dafür ein, dass Nachhaltigkeit nicht nur gesetzlich verankert, sondern auch umgesetzt werden.

Das würde Bund, Kantone und Gemeinden ermöglichen, ihre Marktmacht positiv zu nutzen und mit unseren Steuergeldern statt möglichst billige möglichst fair hergestellte Produkte einzu-



Bund, Kantone und Gemeinden sollen ihre Marktmacht positiv nutzen.

kaufen – etwa Textilien für Spitäler, IT-Produkte für die Verwaltung, Steine für Strassen und Plätze, Lebensmittel für Personalrestaurants. *Brot für alle* und *Fastenopfer* ist wichtig, dass sich die Produktionsbedingungen verbessern. Nur wenn Arbeiterinnen und Arbeiter faire Löhne erhalten und sie bei der Arbeit keine Gesundheitsschädigungen in Kauf nehmen müssen, können sie und ihre Familien ein würdiges Leben führen.

Rechtliche Grauzone

Es gibt bereits öffentliche Stellen im Land, die ökologisch und sozial nachhaltig einkaufen. Doch heute tun sie dies in einem rechtlichen Graubereich. Wie ein Gericht entscheiden würde, wenn ein unterlegener Anbieter klagen würde, ist ungewiss. Es gilt nun, die Chance der Revision zu nutzen und klare Spielregeln für soziale und ökologische Kriterien festzulegen.

Bis es soweit ist, können sich Städte und Gemeinden schon heute an der Kampagne «Fair Trade Town» beteiligen (siehe dazu S. 6) — *Stefan Salzmann*

BEITRITT ZU ELECTRONICS WATCH

Waadt setzt neu auf soziale Kriterien beim IT-Einkauf

Im Juni 2016 hat der Kanton Waadt seinen Beitritt zu Electronics Watch (EW) bekannt gegeben. EW wurde von *Fastenopfer* und *Brot für alle* 2013 mitbegründet mit dem Ziel, die Marktmacht der öffentlichen Beschaffer zu nutzen, um die Arbeitsbedingungen in der Elektronikindustrie zu verbessern. Als unabhängige Monitoring-Organisation unter-

stützt EW Kantone, Gemeinden, Schulen und andere staatliche Institutionen dabei, soziale Kriterien in die Verträge mit IT-Anbietern zu integrieren und überprüft deren Einhaltung durch unabhängige Kontrollen in den Zulieferbetrieben. In einem dritten Schritt sucht EW Lösungen mit allen Beteiligten, um die Probleme in den Fabriken zu beseiti-

gen. In Workshops und bilateralen Treffen haben *Brot für alle* und *Fastenopfer* verschiedene öffentliche Beschaffer über EW informiert und Kontakte vermittelt. So auch im Falle des Kantons Waadt, der nun als erster öffentlicher Beschaffer der Schweiz EW beigetreten ist. Für *Fastenopfer* und *Brot für alle* ist der Beitritt ein gutes Beispiel für eine effiziente Partnerschaft zwischen Staat und Zivilgesellschaft, um Druck auf die Lieferanten auszuüben und so die Arbeitsbedingungen in der IT-Industrie zu verbessern. — *Johanna Monney*

SWISSCOM

Fairphone im Angebot

Seit März bietet Swisscom das Fairphone in ihrem Sortiment an. Fairphone steht für eine möglichst faire und nachhaltige Produktionsweise. Der Kontakt zwischen Swisscom und Fairphone entstand anlässlich einer Tagung der Kampagne «High Tech – No Rights?» von *Fastenopfer* und *Brot für alle*. Mit diesem Schritt unterstreicht Swisscom ihr Engagement im Bereich der sozialen Unternehmensverantwortung. Swisscom bietet das Fairphone über ihren Vertriebspartner Digitec an und ermöglicht so auch Kunden von Sunrise oder Salt, ein Fairphone zu beziehen.

BROT FÜR ALLE

Wandel konkret

Mitte August hat Michel Egger seine Arbeit bei Brot für alle als Verantwortlicher des neuen Bereichs «Transition» aufgenommen. Ziel ist es, gemeinsam mit kirchlichen und nichtkirchlichen Gruppen konkrete Initiativen und Projekte zu entwickeln, um die Gesellschaft von morgen aktiv mitzugestalten – fair und nachhaltig.

FASTENOPFER

Patrik Renz geht

Nach zwei Jahren als Direktor von *Fastenopfer* hat Patrik Renz seinen Posten auf Mitte Juli gekündigt. Der Stiftungsrat und die Geschäftsleitung danken Patrik Renz für sein Engagement bei der Entwicklung der neuen Strategie. Interimistisch wird Matthias Dörnenburg den Posten übernehmen.



Decken Sie die Zahlen hinter ihrem Handy auf

Testen Sie Ihr Wissen und erfahren Sie mehr über die Hintergründe ihres Lieblingsgeräts.

1.
Wie viel Prozent der Schweizer Haushalte besitzen mindestens ein Mobiltelefon?

- A. 94 %
- B. 97 %
- C. 99 %

2.
Wie viele Handys sind im Jahr 2015 weltweit verkauft worden?

- A. 650 000
- B. 995 Millionen
- C. 1,4 Milliarden

3.
Wie viele verschiedene Rohstoffe findet man in einem Handy?

- A. 20
- B. 40
- C. Mehr als 60

4.
Wie viele Mobiltelefone, die weltweit verkauft werden, wurden in China hergestellt?

- A. 20 %
- B. 50 %
- C. 70 %

5.
Wie viel Prozent vom Gesamtpreis eines Handys entfallen auf den Lohn der Arbeiterinnen und Arbeiter, die das Gerät zusammenbauen?

- A. 1 %
- B. 7 %
- C. 16 %

Lösungen: 1.: A / 2.: C / 3.: C / 4.: B / 5.: A

MENSCHEN IN AKTION

Jugendliche zum Nachdenken bringen

Sarah Schmidt hat es auf die Grossen abgesehen. «Nicht auf die kleinen Herzigen», sagt sie und lacht. Obwohl es mit diesen manchmal einfacher wäre. Trotz disziplinarischen Mühen ab und an: Die Religionslehrerin kanns gut mit Jugendlichen. Das merkte sie schon im Theologiestudium in Luzern, während ihrem Praktikum in einer Schule. «Ich finde es spannend dabei zu sein, wenn ein junger Mensch seine Meinung zu bilden beginnt, die Welt in Frage stellt, nach Antworten sucht.» Dann will sie den Jungs und Mädchen ihrer Pfarrei St. Gallus in Zürich-Schwamendingen Lernstoff bieten, der möglichst nah an ihren Alltag herankommt. Zumal sie meist am Abend nach einem strengen Schultag zu ihr in den Blockunterricht kommen, «da muss ich die Klasse nochmal packen können.» So greift Sarah Schmidt öfters zu Unterlagen von *Brot für alle* und *Fastenopfer*. Im Mai etwa das Lerntool «High Tech – No Rights» zur zugespitzten Frage: Wie viel Blut steckt in deinem Smartphone? «Näher gehts nicht mehr», sagt sie, «das Handy tragen die Jugendlichen ja ständig im Hosensack.»

Die junge Frau in Jeans, T-Shirt und Turnschuhen fischt ihr Smartphone aus der Tasche – ein älteres Modell von Nokia. «Ich will bewusst nicht auf jedes neue Gadget aufspringen», sagt sie und ist froh, dass die Firma im Markenrating von *Fastenopfer* und *Brot für alle* das Prädikat «auf gutem Weg» bekam – dies bezüglich Umwelt, Arbeitsrechte und Konfliktmineralien.

Nicht alles habe die Klasse gleichermassen interessiert. Eine Kupfermine irgendwo im Kongo

sei für die Jugendlichen zu abstrakt. «Dass aber wegen dem Handy in ihrem Sack Arbeiterinnen und Arbeiter in China keine WC-Pause machen dürfen, machte sie betroffen. Und als sie von Chemikalien hörten, an denen Menschen in der Hightech-Produktion ernsthaft erkranken, waren sie geschockt.» Sie ist Realistin, hat nicht die Hoffnung, dass nun alle einen nachhaltigen Umgang mit Elektrogeräten pflegen, «meine Schülerinnen und Schüler sind zurzeit vor allem mit sich selber beschäftigt.» Irgendwann aber sei diese egozentrische Phase vorbei. «Dann haben sie eine Basis und können nicht einfach sagen: Ich weiss von nichts.» — Pia Seiler

Infos zum Lerntool «High Tech – No Rights?» erhalten Sie von Stephan Tschirren unter tschirren@bfa-ppp.ch



Jugendseelsorgerin Sarah Schmidt und ihr Handy: «Ich bin froh, dass es im Ranking gut abgeschlossen hat.»